

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, nächster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52.

Mittwoch, den 2. März 1904

11. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

## Rußland und Japan.

Das Hauptinteresse richtet sich jetzt auf den Kriegsschauplatz im nördlichen Korea, insbesondere auf die Gegend zwischen dem Salufluß und Pjöngjang. Von beiden Seiten wird zugegeben, daß russische Reiterei und japanische Infanterie bei Suktschön, einem Orte etwas südlich von Andschu, zusammengestoßen sind. Beide Teile schreiben sich den Sieg zu. Vermuthlich handelte es sich um ein Rekognoszierungsgeschehen, nach welchem die Russen selbstverständlich den Rückzug antraten, als sie ihren Zweck erreicht hatten. Die Nachrichten über die Zahl der in Korea gelandeten japanischen Truppen lauten sehr widersprechend. Der „Times“ zufolge haben sie in Tschemulpo bis jetzt nur 20 000 Mann gelandet, während der „New York Herald“ von 120 000 Mann spricht. Es ist ja möglich, daß außer in Tschemulpo auch in dem nördlicher gelegenen Chinampo und dem an der Ostküste befindlichen Hafen Wonsan (Wonsan) Truppen ausgeschifft worden sind, allein sicher ist, daß alle diese Truppen zu Lande große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Die Wege sind meist sehr schlecht. Es gibt nur Saum- und Fuhrwege und es bedarf daher für eine Truppe einer großen Menge Träger. Dasselbe gilt natürlich für die Russen, nur daß diese vielleicht in ihren Kosaken eine leicht bewegliche, weil leicht zu ernährende Kavallerie besitzen. Jedenfalls wird es noch eine Weile dauern, bis beide Teile größere Truppenmassen zwischen Widschu und Pjöngjang zusammenbringen können. Aber Wahrscheinlichkeit nach haben die Japaner in dieser Beziehung noch einen Vorsprung vor den Russen; allein in drei Wochen dürfte sich nach sachmännlicher Berechnung das Verhältnis ziemlich gleich stellen.

Die „Russische Telegraphen-Agentur“ meldet aus Tiao-jiang vom 29. Februar: Wie in Nintschwang lebende Ausländer mitteilen, erhielt die japanische Flotte den Befehl, am 1. März unbedingt Port Arthur zu stürmen und einzunehmen. Die Konzentrierung der chinesischen Truppen westlich von Mukden im Rajon Kapanatsje und Hinmuntun erscheint sehr verdächtig. Die chinesischen Truppen verstärken ihre Posten und schaffen Kampfvorräte herbei. Die Haltung der Bevölkerung ist nicht überall zuverläßig; an manchen Orten verweigern die Leute den Verkauf von Produkten. Die koreanischen Amtspersonen in den von den Russen durchzogenen Orten flüchteten und benachrichtigten die Japaner von der Ankunft der Russen. Die Kosaken haben in Nordkorea die Telegraphenlinie in Besitz genommen. Ein von General Linewitsch geleitetes Infanterieregiment ist den Kosakenabteilungen nachgerückt. Der in Widschu aufgegriffene japanische Major des Generalstabes, Dogotajisira, ist nebst den 5 japanischen Gendarmen nach Tiao-jiang gebracht worden.

Der russische Kommandant in Port Arthur, General Stössel, hat am Sonnabend einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er die Verteilung der Festung und des befestigten Rajons, sowie die Bevölkerung daran erinnert, daß die Japaner die Besitzergreifung Port Arthurs für eine Frage der nationalen Ehre hielten. Aus den hartnäckigen Angriffen der Japaner und der Beschädigung der Festung und der verschiedenen Buchten folgere er, daß der Feind beabsichtige, auf der Halbinsel zu landen, und den Versuch machen werde, von der Festung Besitz zu ergreifen und im Falle eines Mißerfolges die Eisenbahn zu zerstören. Der Feind irre sich aber. „Unsere Truppen, heißt es weiter in dem Tagesbefehl, wissen und der Bevölkerung tue ich kund, daß wir nicht weichen werden. Wir müssen bis aufs äußerste kämpfen, da ich, der Kommandant, niemals Befehl zu weichen geben werde.“ Ich richte darauf die Aufmerksamkeit der wackeren Mutigen und fordere alle auf, sich durchdringen zu lassen von der Ueberzeugung, daß es notwendig ist, bis auf den Tod zu kämpfen. Wer ohne zu kämpfen fortgeht, wird sich nicht retten. Es gibt keinen Ausweg, auf drei Seiten ist das Meer und auf der vierten wird der Feind sein. Es bleibt nur übrig zu kämpfen.“ — Vertrauensvoll klingt dieser Tagesbefehl gerade nicht.

Ein Londoner Blatt will wissen, daß Labitowoff seit Donnerstag von einer japanischen Flotte blockiert werde; doch liegt bisher noch von keiner Seite eine Bestätigung dieser Nachricht vor.

Ein russisches Geschwader hatte im Golf von Suze einige englische und norwegische Kohlenfahrer aufgebracht. Auf Befehl des Baren wurden diese Schiffe jedoch wieder freigelassen.

Aus Victoria in British Columbia meldet „Weekly Dispatch“: Die Dampfer der Canadian Pacific

Eisenbahn, der sogenannten Empress Route, erhielten von der englischen Admiralität den Befehl, sich als Hilfskreuzer mit Kanonen zu armieren.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbota.“

Berlin, den 29. Februar 1904.

45. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Nieberding, v. Hammerstein, Schönstedt.

Die Debatte über die Fremdenpolizei und den Königsberger Geheimbundsprozeß wird fortgesetzt.

v. Normann (N.): Nachdem die zuständigen Minister im Landtag, wie im Reichstag, die erforderlichen Aufklärungen gegeben haben, ist für uns die Sache erledigt und ausgeklärt. (Bravo! rechts.)

Dr. Müller-Meinungen (Fp.): In den Kampf der sozialdemokratischen Parteileitung mit den preussischen Behörden will ich mich nicht einmischen, aber vom Standpunkt eines objektiven Zuschauers und des bürgerlichen Liberalismus habe ich einige Bedenken zu erheben. Ich bedauere, daß die preussischen Minister nicht schon am 19. Januar hier erschienen sind. Herr von Nitschhofen war nicht genügend unterrichtet, und seine Erklärungen machten nicht den gewünschten Eindruck. Die Zuständigkeit des Reichstags vom Standpunkt der Gerichtsverfassung, des Fremdenverkehrs und der auswärtigen Politik ist nicht zu bestreiten. Das Verhalten der beiden preussischen Minister war politisch kurzichtig. Die Sozialdemokratie konnte ihnen den Vorwurf der Feigheit machen und durch eine wilde 6 Wochen lange Agitation die Gemüter erregen. Sie haben der Sozialdemokratie unfreiwillig Schlepperdienste geleistet. Die gute alte Gewohnheit, vor der Urteilsfällung sich über einen Prozeß nicht öffentlich zu äußern, ist beim Königsberger Prozeß von beiden Seiten verletzt worden. Dabei kann eine, wenn auch unbeabsichtigte Einwirkung auf die Richter kaum vermieden werden. Ein Beweis, daß die anarchistischen Schriften von einem Spiegel eingeschmuggelt worden sind, ist bisher nicht geliefert worden. Wenn den Angeklagten wirklich die Einsicht in die Akten und Schriften verweigert wurde, so wäre das eine Ungefälligkeit und politische Unklugheit. Weitere Bemerkungen über den Prozeß könnte ich mir schenken. (Sehr richtig! rechts) wenn nicht doch einige Momente vom Standpunkt des bürgerlichen Liberalismus aus sehr bedenklich wären. (Sehr richtig! links. Heiterkeit.) Gewiß ist die Vernichtung derjenigen Elemente, die durch Fürstenmorde, durch die Propaganda der Lat die Weltgeschichte revidieren wollen, nicht nur eine Pflicht des Staates, sondern auch vom Standpunkt der bürgerlichen Freiheit aus zu begrüßen. Aber hier handelt es sich doch um philosophische Schwärmereien und nicht umschwere hochverräterische Delikte, sondern um Majestätsbeleidigungen. Es scheint mir eines Kulturstaates nicht würdig zu sein, daß die preussische Regierung hier einen Wetlauf eröffnet, um von der russischen Regierung einen Strafantrag gegen preussische Staatsangehörige zu bekommen. Die Gleichstellung fremder Fürsten mit einheimischen durch den Majestätsbeleidigungsparagraphen hat etwas Beschämendes und herabwürdigendes. Ziehen denn in Wirklichkeit die Staatsanwälte die Konsequenzen aus diesem Paragraphen? Gegen drei serbische Könige wurden die schlimmsten Beleidigungen geschleudert, ihnen wurden die schlimmsten Verbrechen vorgeworfen. Der Fürst von Bulgarien wurde in der ganzen deutschen Presse verhöhnt; kein Staatsanwalt ist dagegen eingeschritten. Das Gleiche ist bei Beleidigungen des Königs von Belgien der Fall, war der Fall bei Beleidigungen des Königs von England während des Burenkrieges. Warum diese zärtliche Fürsorge für den Herrscher eines Staates, der in einem unmaritimen Bündnis mit dem Feinde der deutschen Politik im eigentlichen Sinne des Wortes steht, der die deutschen Ostseeprovinzen russifiziert, Irland mit einem Verfassungsverweigerung und die Kischineffer Greuel noch ungeklärt gelassen hat? Der Minister, der da sagt, wir führten unsere eigene Sache, täuscht sich sehr über die Stimmung des deutschen Volkes. Nach den Ausführungen des Ministers des Innern kann nicht geäußert werden, daß russische Spionage eine offizielle Tätigkeit in Deutschland ausüben. Hat der Minister all die Spuren, die im „Vorwärts“ angezeigt waren, verfolgt? Sollen wir etwa glauben, daß nur ein Beamter der russischen Botschaft die Anarchisten überwacht? Der Mann hat seine Gehilfen. Dann aber werden auch Jünger von ihm überwacht, und das ist ein schändlicher Skandal. (Sehr richtig! links.) Die häufige Verwandelung der Ausweisung in eine Auslieferung an Rußland ist eine Verletzung der völkerrechtlichen Moral. Der Herr Minister meint, wir verlieren an den jungen Leuten und an den unreifen Köpfen, die wir ausweisen, nichts. Aber sollen wir sie darum einer Justiz ausliefern, die nach unseren kulturellen Begriffen gar keine Justiz ist, obwohl sie keine Anarchisten sind? Wenn wir dieser Beratung einen praktischen Wert geben wollen, so müssen wir den Auslieferungsvertrag zwischen Preußen und Rußland beseitigen. (Sehr richtig! links.) Der kein Ruhmesblatt unserer Kulturgeschichte ist. Seine Kaufschuldbestimmungen sind ein Schlag in's Gesicht des modernen Völkerrechts. Darnach kann die Auslieferung auch geschehen wegen eines politischen Deliktes, das bei uns ganz straflos ist. Dieser Vertrag scheint nur geschlossen zu sein, um die russische Regierung bei guter Laune zu

erhalten. Wir wollen gute Beziehungen zu Rußland haben, dessen Leiden, wie sie Tolstoi und Gorki schildern, uns tief erschüttern, aber wir wollen keine Liebedienerei vor einem Staat, der in orientalischer Despotie hunderttausende von Menschen in den sibirischen Kerker schmachten läßt. (Beih. Zustimmung links.) Besitzen Sie noch den Stolz gegenüber Rußland, wie der erste Reichskanzler, dann hüten Sie sich davor, dem russischen Zarismus allzu bereitwillig Polizeidienste zu leisten. Damit verletzen Sie die Würde des deutschen Volkes vor der ganzen Welt. Beih. Beifall links.)

Preussischer Justizminister Schönstedt: Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die Verfolgung von Majestätsbeleidigungen gegen die Oberhäupter befreundeter Staaten bestehen und müssen befolgt werden. Ich habe darüber mit Herrn Dr. Müller-Meinungen nicht zu rechten. Daß wir einen sehr vorächtigen Gebrauch davon machen, hat er selber bewiesen, als er darauf hinwies, daß gegen die schweren Beleidigungen der Herrscher von Serbien, Bulgarien, England und Belgien nicht eingeschritten worden ist. — Mit der Erörterung des Königsberger Prozeßes, die auch ich bedaure, haben nicht wir, sondern die Sozialdemokraten angefangen. Wir muhten uns nur verteidigen. Das Recht auf Akteneinsicht steht dem Angeklagten überhaupt nicht zu, ihren Verteidigern erst nach Abschluß der Voruntersuchung. Vor diesem Zeitpunkt dürfen sie nur informiert werden, soweit es ohne Gefährdung des Untersuchungszweckes geschehen kann. Darüber entscheidet nicht die Justizverwaltung, sondern der Untersuchungsrichter, der der alleinige Herr der Sache ist. Wollte ich mich da einmischen, so wäre das eine unzulässige Beeinflussung des Richters. (Lebhafte Beifall rechts.)

Staatssekretär Frhr. v. Nitschhofen: Der preussisch-russische Auslieferung kommt gar nicht Frage. Keine einzige Ausweisung, von denen hier die Rede ist, ist auf Grund dieses Vertrages erfolgt. Niemand ist ausgeliefert worden; Ausweisungen sind auf Grund des allgemeinen staatlichen Hoheitsrechtes, Ausweisungen zu verfügen, erfolgt. Wir folgen durchaus dem Beispiel des Fürsten Bismarck. Er hat besonders gegenüber den Russen die weitgehendste Art der Ausweisung bestritten. (Abg. Bebel: Sehr richtig!)

Fürst Radzimir (Pole): Die unberechtigten, verantwortungslosen Einmischung unruher Elemente in die Politik ist zu verwerfen. Ich verwerfe deshalb auch die Versammlungsresolution polnischer Studenten. Was können wir aber dafür? Die Polen vergießen auf den fernem Schlachtfeldern Russiens, treu ihrer Fahne, ihr Blut. Für die Antipolenpolitik der Regierung ist aus all dem kein Material zu holen. (Bravo! b. d. Polen.)

Es ist ein Antrag Bebel-Haase-Debour (SD.) eingegangen, der auf baldmöglichste Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zur einheitlichen Bestimmung des Fremdenrechts in Deutschland dringt, durch den eine Zulassung von ausländischen Polizeiamtsträgern zur Ueberwachung von Ausländern im Deutschen Reich verboten wird.

Minister v. Hammerstein: Die Polenpolitik gehört gewiß nicht in den Deutschen Reichstag. (Zuruf b. d. Soz.: Sie selbst haben sie hineingezogen.) Ich bitte mich nicht zu unterbrechen.

Brä. Graf Ballestrem: Ich bitte, den Herrn Minister nicht zu unterbrechen, er hat das verfassungsmäßig verbrieft Recht hier zu sprechen. (Zuruf b. d. Soz.: Aber benutzt es nicht! Heiterkeit.)

Minister v. Hammerstein: In der von mir am Sonnabend erwähnten Versammlung waren, wie mir mitgeteilt ist, allerdings fast ausschließlich preussische Polen. Ich hatte mich auf Zeitungsnachrichten verlassen. Uebrigens ist dort gerade Fürst Radzimir auf's schärfste angegriffen worden, er habe sich in der polnischen Reichstagsfraktion eine Mehrheit nur erschlichen. — Ueber die vom „Vorwärts“ namhaft gemachten Agenten habe ich mich selbstverständlich erkundigt. Es ist festgestellt, daß sie deutsche Untertanen sind. Ob sie im Auftrage des bei der russischen Botschaft angestellten Beamten oder wessen sonst stehen, konnte nicht ermittelt werden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Jrgend welche strafbare Handlung hat sich nicht ergeben. Sie (z. d. Soz.) lassen sich doch auch durch ihre Agenten — ich nenne nur Buchholz — alles Mächtige austragen. (Lachen b. d. Soz.) Von einer der namhaft gemachten Personen habe ich übrigens heute Morgen einen Brief bekommen. (Abg. Bebel: Was das der Volk?) Ja, Volk. Er hätte mit Postbeamten nicht anders verkehrt, wie jeder Privatmann. (Lachen b. d. Soz.) Ein Brief seiner Mutter, an ihn, aber sei aus dem Briefkasten vor seiner Wohnung entfernt. Er dreht also den Spiegel um. Jedenfalls bitte ich Sie, wenn Sie von mir als Polizeiminister etwas wollen, bringen Sie Tatsachen. Ohne daß der Geschädigte die Sache anzeigt, kann ich nichts machen. (Bravo! rechts.)

Schrader (Fp.): Ausländer dürfen nicht das Recht der Spionage in Deutschland haben. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, daß ganz unschuldige Menschen, sobald sie aus Rußland kommen, polizeilich vernommen werden. (Hört! hört!) Die Praxis der Ausweisungen ist ja eigentlich ein Stück alter Barbarei. (Sehr richtig b. d. Soz.) Auf jeden Fall muß dem Ausgewiesenen die Wahl der Grenze überlassen bleiben. Wir haben keinen Grund, jemanden der russischen Justiz auszuliefern, wenn das, was er getan hat, nach unsern Gesetzen nicht strafbar ist. (Sehr richtig! links.) Und noch weniger, wenn es sich um reine Lören, wie die gewöhnlichen Anarchisten handelt. Anarchisten der Lat können auch nach unsern Gesetzen bestraft werden. (Ein la schändlicher Auslieferungsvortrag, wie der zwischen Rußland und Preußen

und Bayern existiert in der ganzen Welt nicht mehr. (Sehr richtig! links). Ich erkenne an, daß alle zivilisierten Staaten ein Interesse an der Bekämpfung des Anarchismus haben, aber unser Fremdenrecht bedarf der Revision, und der Vertrag mit Rußland sollte gekündigt werden, nicht im Interesse der Sozialdemokratie, sondern im Interesse der Nation. (Bravo! links).

Dr. Sattler (M.): Ich freue mich über den Nachweis, daß die sozialdemokratischen Angriffe unberechtigt waren. Es handelt sich bei ihnen zum großen Teile um Gebilde der Phantasie. Wenn den Behörden Anzeige von der Wirksamkeit russischer Agenten gemacht würde, so würde zweifellos eingeschritten werden. Die Sozialdemokraten hätten doch die Verpflichtung, den Behörden bei der Aufdeckung des Agentenwesens behilflich zu sein. (Unruhe h. d. Soz.). Es ist nachgewiesen, daß russische Anarchisten, die nachher Attentate begangen haben, sich in Deutschland aufgehalten haben. Voricht ist da geboten. Die russischen Studenten müssen sich den Sitten unseres Rechts fügen, deshalb muß ich durchaus ihre öffentliche Erklärung gegen den Staatssekretär v. Richter ablehnen. (Lebh. Zustimmung rechts u. h. d. Natlib.) Es wäre gewiß verfehlt, jeden Russen, der sich hier aufhält, als des Anarchismus verdächtig anzusehen. Aber gegenüber dem Terroristen ist Voricht geboten. (Sehr richtig! h. b. Natlib.). Daß man bei den Ausweisungen inhuman vorgeht und Rußland Schergendienste leistet, ist nicht be- weisel. Dr. Weichselbaug war gar nicht ausgemittelt, als Bebel es hier mit Empörung verkündete. Die Regierung hat nach Recht und Gesetz gehandelt. Gewiß verleidigen wir in keiner Weise die Zustände in Rußland, aber eben- so wenig ist es zu billigen, wenn die Sozialdemokraten eine förmliche Heise gegen diesen Staat inszenieren. (Lachen h. d. Soz.). Von ihren Behauptungen über russisches Spitzelwesen ist so gut wie nichts übrig geblieben. (Wider- spruch h. d. Soziall.) Recht und Gesetz herrschen in Deutsch- land. (Lebh. Beifall h. d. Nat.-Lib. u. rechts.)

Dr. Spahn (3.): Fremdenrecht ist Reichssache und wir können darüber reden. Der Stettiner Fall des Abg. Herbert hätte aufgefakelt werden müssen. Der Fremde hat ein Recht in Deutschland zu bleiben, so lange er sich uns nicht lästig macht. Auf das Urteil auswärtiger Regierungen kommt da nichts an. Auch auswärtige Agenten, die sich bei uns lästig machen, haben keinen Anspruch auf Schutz mehr. Ich richte den dringenden Wunsch an den Bundes- rat, von Reichswegen einen Auslieferungsvertrag mit Ruß- land abzuschließen, der nicht auf der Grundlage des Ver- trags mit Preußens beruht. (Bravo! i. Zentr.)

Bebel (S.D.): Die Konservativen haben sich immer, wenn es ihren Interessen entspricht, den Ministern häufig gehorht und wollen überhaupt nicht mit- berathen. Die Nationalliberalen hingegen halten unsere Anklagen für widerlegt. Ich will bringen, ob sie mit dieser Auffassung recht haben. Der Minister des Innern meinte am Sonnabend, wir Sozialdemokraten erwarteten von diesen Reichstagsverhandlungen einen Triumph, er da- gegen glaubt an eine sozialdemokratische Niederlage. Nun, Herr Minister, darüber wer hier Sieger ist, entscheiden weder Sie, noch wir, sondern die öffentliche Meinung und die Weltgeschichte. Die Abgeordnetenhausdebatte war in- harent, um die schwere moralische Niederlage des Staats- sekretärs v. Richters vor einem höheren Forum einzu- setzen wieder auszuweisen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Justizminister hat Sonnabend, nachdem er sich vorher im Abgeordnetenhaus in einer seiner Stellung sehr wenig angemessenen Weise zu weit vorgewagt hatte, einen voll- ständigen Rückzug angetreten. Höher kennt der Justiz- minister den Stand des Prozesses und den Inhalt der Akten? Er sagt, sie seien nicht in Berlin gewesen. Es ist aber ganz gleichgültig, ob er sie selbst eingesehen oder das Verbot der Akteneinsicht dadurch umgangen hat, daß er sich von einem Sachkundigen Bericht erhalten ließ. Fest- gestellt ist, daß der Minister Fälschungen machte, welche weder dem Verteidiger noch den Angeklagten bis dahin bekannt waren. Das aller schlimmste aber ist, daß der Justizminister sowohl im Abgeordnetenhaus wie hier den Eindruck erweckte, als wenn eigentlich noch weitere Ver- hörer, und zwar die deutsche Parliaments- und der deutsche Parteivorstand, hätten unter Auflage gestellt werden müssen. Dieser Eindruck hat er allerdings Sonnabend nachmittag abgedrückt und ausdrücklich erklärt, daß da- von keine Rede sein könne. In der Tat hat der sozial- demokratische Parteivorstand noch niemals sich wider direkt noch indirekt mit der Verbreitung russischer Schriften be- schäftigt. Den Namen Stubil habe ich zum ersten Mal dem Minister gehört. Ich habe mit ihm in keiner Verbindung. Bei der Hausjagung in Königsberg sind Schriften terroristischen Inhalts gefunden worden. Zwei- fellos steht aber, daß diejenigen meiner Parteigenossen, die sich bereit erklärten, diese Schriften zu verbreiten, des Glaubens waren, es handle sich um sozialdemokratische Schriften. (Lachen rechts.) Selbstverständlich würde jeder Sozialdemokrat, der terroristische Schriften verbreitet, ohne weiteres aus der Partei herausfallen. (Lachen rechts.) Uebrigens kann ja keiner von diesen Parteigenossen russisch lesen. Der Verdacht, daß die Schriften durch russische Spitzel eingeschmuggelt sind, wird dadurch verflärt, daß die Schriften an Romagnoli durch das Zollamt in Kö- nigsberg gelangt sind. Bei der ersten Ladung war das Zollamt erklärte der Beamte dem Romagnoli, er habe Besorgnis, ihm die Schriften nicht anzuhändigen. (Hört! hört! h. d. Soz.) Ganze Lage später gab er sie ihm dann, und an demselben Tage noch kam ein Polizeibeamter in meine Wohnung, um einen Teil der Schriften auf Grund einer Liste zu beschlagnahmen. (Hört! hört! h. d. Soz.) Der Gang der Schriften ist also wahrscheinlich schon vorher demontriert worden. Zum Heberday wird aus der Schweiz mitgeteilt, daß die Verfasser der Schriften zu gar keiner Organisation gehört haben und als politische Gesingener bekannt sind. Anzeigen von Schenker sind in diesen Schriften nicht wie behauptet wird, enthalten. Als in einem deutschen Parteibüro Nachrichten fanden, die von russischer terroristischer Seite inszeniert, den Ein- druck erwecken konnten, als handelte es sich um die Terroristen, habe ich auf Veranlassung Schenkers Schritte getan, um die weitere Verbreitung solcher Nachrichten zu verhindern. (Abg. Gump: Wie kam denn die Liste über- haupt herein?) Wenn ich das möchte! (Groß Heiterkeit.) Lassen Sie sich doch mit uns über die Verbreitung solcher Listen. Aber Sie setzen sich nicht, je mehr Nachrichten wir machen, desto mehr setzen Sie sich. (Heiterkeit.) Aber so lag es Sie sind wir uninteressant. (Heiterkeit und Widerspruch.) Sie werden Ihren Geist damit, wenn wir sitzen, was Sie möchten. Sie wären glücklich, wenn wir die terroristische Liste annehmen, aber die Sozialdemo- kratie mit ihrer verächtlichen Selbsteinschätzung tritt sie zur Vergewaltigung. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Und jetzt gegen Sie ist, daß auch unsere russischen Parteigenossen deutschen Weg einschlagen. Wir können Sie eben bis in die unteren Jochen hängen. (Lachen rechts.)

Schwerer erwidert an das Soz.: Geheim Dokument der russischen Organisation 1881/90. Berlin 1900. Da wird in dem einzigen Hefchen Nr. 110 dem ersten Abgeordneten von Belgien und seiner Compagnie (Hört! hört! bei d.

Sozialdemokraten) schwarze Unankbarkeit vorgeworfen, weil er russische Revolutionäre und Anarchisten in hohen Offizier- und Beamtenposten anstelle. Aus diesem Buche können Sie auch ersehen, wie dieses christliche Rußland revolutionäre Offizierskomitees ins Leben ruft und Explosivbomben verbreitet, um verhasste Fürsten zu tödnen. Wenn ehemalige Berliner Studenten in Ruß- land Attentate begangen haben, so beweist das nur, wie elend, wie überflüssig der ganze Apparat ist. Sie können doch wirklich nicht wissen, ob irgend ein Durchreisender ein Attentat auf den Zaren oder sonst einen hohen Würden- träger begehen will. Die russischen Studenten werden jetzt in Deutschland genau so behandelt, wie früher die deut- schen Studenten. Russische Intelligenz schmachtet jetzt in der Peter-Paul-Festung wie früher deutsche Professore in deutschen Festungen. Um so unbegreiflicher ist es, wenn heute liberale Wortführer die Verfolgung solcher Leute gut- heißen, die nichts anderes tun oder getan haben, als früher der Liberalismus in Deutschland. Der Justizminister hat auf Vorgänge in der „Vorwärts“-Buchhandlung angepielt. Die Dinge haben sich doch etwas anders abgepielt, als er sie darstellt. Der Expedient des „Vorwärts“, der im Königsberger Prozeß als Zeuge vernommen wurde, wußte, daß er auch schon russische Schriften verkauft hatte, und fürchtete, daß man ihn ebenfalls anklagen würde. Des- halb verweigerte er sein Zeugnis. Nach knapp vierzehn Tagen wurde ihm mitgeteilt, daß er angeklagt sei. Man wollte ihn also erst auf sein Zeugnis festlegen, um ihn dann als Angeklagten behandeln zu können. Das ist auch ein vornehmeres Verfahren der preussischen Justiz, einen Mann auf diese Weise hineinlegen zu wollen. (Lärm rechts. Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Daß die Buch- handlung des „Vorwärts“ auch russische Schriften ver- breitet, ist mir verheimlicht worden. Wenn die Staats- anwaltschaft dagegen einschreiten wollte, müßte sie eigent- lich den deutschen Buchhandel in seiner Totalität als ge- heimhe Verbreitung betrachten, weil er Schriften nach Ruß- land verreibt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das härteste Stück in diesem ganzen Prozeß ist, daß die preussische Re- gierung Handlungen ihrer Staatsangehörigen der russischen Regierung demontriert und auf diese Weise einen Straf- antrag ertrahiert. Das zeigt, wie intim ihr Verhältnis zu Rußland ist. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdem.) Das gehört wohl auch zu unserer „atavistischen“ Freund- schaft, wie der Reichstangler zu einem Zeitweiser jüngst gesagt hat. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) — (Während dieser Ausführungen des Abg. Bebel ist Reichs- tangler Graf Bülow im Saale erschienen.) — Die „Times“ sprechen von dem unwürdigen Versuch, sich die Peters- burger Gunst zu erkaufen. Wenn in England dergleichen geschähe, wie bei uns, so würde ein Schrei der Entrüstung durch die ganze englische Presse gehen und der englischen Regierung würde die Sache im Parlament sehr übel be- kommen. Herr von Hammerstein wußte nichts davon, daß russische Agenten und Polizeispitzel vorhanden sind, die die politische Tätigkeit hier ausüben. Der Name Wolk ist bereits genannt, ebenso Neuhausen oder Selmann und noch ein dritter Spitzel. Im „Vorwärts“ haben eine Reihe deutscher Reichsangehöriger in Vermsdorf mit ihrer Namens- unterfertigung Mitteilungen über die Tätigkeit des Spitzels Wolk gemacht. Trotz alledem hat die preussische Polizei bis heute sich nicht nach Wolk umgesehen, ihn vorgeladen und mit den Zeugen konfrontiert. Der Spitzel Wolk hat heute an Herrn von Hammerstein einen Brief gerichtet, und nun ist der Chef der preussischen Polizei von der Wahr- heit über die Lauterkeit dieses Spitzels so überzeugt, daß dieser Brief ihm genügt, hier zu erklären, an allen Vor- würfen gegen Wolk sei kein wahres Wort. (Bewegung und laute Aufe: Hört, hört! bei den Soz.) Da hört doch alles auf! (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Das sind einmal unerhörte Zustände. Sollen denn diese elenden Polizeisubjekte nach wie vor weiter wirtschaften? Wolk fühlte sich in Vermsdorf nicht mehr sicher und beobachtet jetzt die Antunft russischer Studenten auf dem Bahnhof Friedrichstraße und Schlesischen Bahnhof. (Hört, hört! h. d. Soz.)

Gegenüber diesem Spitzel verlagert der ganze preussische Polizeiapparat. Hier scheint jene „atavistische“ Freund- schaft sich geltend zu machen, ich fürchte nur, bei manchem mit einem hart metallischen Hergeschmack. (Unruhe rechts.) Der preussisch-russische Auslieferungsvertrag war eine Ge- fälligkeit, die Fürst Bismarck nach dem Attentat auf Alexander II. Rußland erwiesen hat. Er kam den Russen so weit entgegen, daß die politische Polizei, die unter dem Auswärtigen Amte stand, in der Schweiz mit deutschem Gelde Leute engagierte, die die russischen Staatsangehörigen zu überwachen hatten. (Hört, hört! h. d. Soz.) Nedner nennt den Polizeidirektor Krüger, den Polizeileutnant von Galt und den agent provocateur Haupt, der angemessen war, die Leute unter den Tisch zu laufen und dann ihre Kulte zu öffnen. (Hört, hört! links.) In einem Polizei- briebe aus Berlin an Haupt hieß es: „Ich habe gehört, daß das nächste Attentat auf den Zaren von Galt aus- gehen wird. Ich erwarte Berichte.“ (Lebh. Aufe: Hört, hört! h. d. Soz.) Wir verlangen, daß man gegen Ange- hörige fremder Staaten nur dann vorgeht, wenn sie gegen die deutschen Gesetze handeln. Wenn aber die bloße Tat- sache, daß jemand Russe ist, genügt, um ihn wegen des geringsten Vergehens auszuweisen, so ist das eines Kultur- staates unwürdig und muß den Verdacht erwecken, daß man aus übertriebener Gefälligkeit, aus Kriecherei gegen eine fremde Regierung seine eigene Unabhängigkeit und Selbstständigkeit preisgibt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Bei den preussischen Spitzel Schreiber in Zürich wurden Dy- namitbomben gefunden, die bestimmt waren, ein Attentat in Deutschland zu machen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Die Friedemann, die Wismann, die Weich und die anderen Spitzel haben mit preussischem Gelde alles unternommen, dessen man heute die Russen beweislos beschuldigt. Fürst Bismarck kannte jene Pappentweiser, als er sagte, kein ausländischer Russe gehöre zur politischen Polizei. Gegen meine Rede vom 19. Januar hat man ausgepielt, daß Dr. v. Reichsstag noch in Berlin geduldet werde. Ich wollte ja gerade beweisen, daß die russische Regierung ihm gern den Aufenthalt hier gestattet und daß die deutsche Polizei noch weit über die russischen Wünsche hinausgeht. (Sehr richtig! h. d. Soz.) An der Berliner und Breslauer Uni- versität werden die russischen Studenten beständig von russischen Spitzeln überwacht. Sie werden danach gewarnt, sozialdemokratische Zeitungen zu lesen oder sozialdemo- kratische Versammlungen zu besuchen. (Sehr richtig! rechts.) Aber das sind doch keine Angelegenheiten, dagegen kann doch die russische Polizei nichts machen. Im Falle Reichsstag sind alle meine Angaben von den Beteiligten bestätigt worden. Sogar Herr v. Gump hat die Angaben des Herrn v. Hammerstein im „Vorwärts“ als falsch bezichtigt. Die beantragte Straf- verfolgung gegen Wolk wurde abgelehnt, weil die drei- monatliche Verjährungsfrist abgelaufen sei. (Hört, hört! h. d. Soz.) Unsere angelegten Phantastengebilde sind also als wahrheitsgemäß nachgewiesen worden. Den Protest der russischen Studenten gegen Herrn v. Richter hat bisher als Kriecherei bezeichnet, aber auf die politische Handlung des Herrn v. Richter gegen die russischen Studenten legte er Gewicht, und dabei einen Versuch der Neutralität durch den

Brief der Richter selber Kadetten, die noch auf der Schulbank sitzen. Die russischen Studenten und Studentinnen waren in ihrer politischen und moralischen Ehre auf's schwerste angegriffen worden. Diese „Kinder“, diese unmündigen Leute“ haben gegen den Staatssekretär protestiert auf die Gefahr hin, morgen über die russische Grenze gebracht zu werden. Gegenüber einer mit der Erklärung des Staats- sekretärs übereinstimmenden Neuerung eines russischen Blattes über die Immoralität der russischen Studentinnen hat selbst der russische Kultusminister seine Verachtung ausgesprochen. Wenn die maßgebenden Kreise so entrüstet sind über die freie Liebe, so können sie sich ja über For- bach, Birna, Chemnitz, Köln (Sehr richtig! h. d. Soz.; Zuruf rechts: Dresden! Heiterkeit), ganz recht, Dresden, entrüsten. Und die schönen Schilderungen der „Brosen- falter“ des Grafen Baudissin. (Aha! und Lachen rechts.) Sie haben im Gegenwartstaate die freie Liebe, aber in ihrer erbärmlichsten und in ihrer schrecklichsten Form. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Die russische Regierung hat im Orient beständig mit revolutionären Mitteln gearbeitet und auch den Vorerkauf inszeniert, um die Mandchurei zu erwerben. Sie war von der Königschlächtere im Bel- grader Konat unterrichtet und hat nichts getan, sie zu verhindern. Und diese Regierung ist der Gegenstand Ihrer Bewunderung. (Widerspruch und Lachen rechts. Justiz- minister Schönfeldt ruft: Lächerlich!) Sie sitzen vor ihr in die Knie. Sie wollen das gegenwärtige Rußland in seiner gegenwärtigen Verfassung erhalten als Hort der europäischen Reaktion. Wir werden diese Dinge fortgesetzt hier zur Sprache bringen und die preussische Politik brand- markten. Der moralischen Wirkung unserer Anklagen sind wir sicher. Die Sozialdemokratie muß hier die Würde und das Ansehen Deutschlands wahren. (Klanghaltende Unterbrechungen rechts.) Selbst der Redner des Zentrums nannte den preussischen Auslieferungsvertrag unwürdig und verlangt, daß das Reich einen modernen Vertrag ab- schließen soll. Verkommene Menschen, verlorene Subjekte, vor denen kein Mensch Respekt hat und die selbst der Minister des Innern von sich abgestüttelt, dürfen nicht länger über das Schicksal der Ausländer entscheiden. Sorgen Sie für die Abstützung dieser Elemente und nehmen Sie unsern Antrag an. (Lebh. wiederh. Beifall h. d. Soz.)

Reichstangler Graf Bülow: Trotzdem ich in den letzten Tagen aus Krankenzimmer gefesselt war, wollte ich doch nicht auf das Vergnügen verzichten, auf die donnernde Rede des Abg. Bebel sogleich zu erwidern. Meine Kollegen im Ministerium haben Ihnen die Gründe auseinandergesetzt, aus denen wir zur Ueberwachung des russischen Anarchismus einen russischen Agenten in Berlin zugelassen haben. Gegenüber der internationalen anarchischen Propaganda muß eine internationale Gemeinschaft der Abwehr treten. (Lebh. Sehr richtig! rechts.) Die moralische Pest des Anarchismus hat während der letzten Jahre eine ganze Reihe Fürsten und Minister hinweggerafft und solchen Leuten gegenüber, die Schrecken und Mord als oberste Grundsätze predigen, sollten wir Rücksicht üben? Der Agent hat sich streng innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu halten, aber im Rahmen dieser Einschränkung ist seine Zulassung ein Akt staatlicher Nothwehr. (Sehr wahr! rechts.) Niemand haben wir in der Ausweisungspolizei die Würde des deutschen Volkes verletzt. Diese falsche Behauptung ist zu meinem Bedauern auch in nicht- sozialistischen Blättern und heute vom Abg. Müller- Meiningen wiederholt worden. Ich halte Herrn Müller- Meiningen für einen geistvollen Mann; aber deswegen braucht er in der politischen Praxis nicht beschlagen zu sein. Fürst Bismarck, auf den er sich berufen hat, hat genau dieselbe Politik befolgt. Ich will Ihnen das aus den Akten nur inbezug auf die Ausweisung der russischen Staatsangehörigen Stanislaus Mendelsohn und Leon Deutsch beweisen. Während der letzten fünf Jahre sind nur drei russische Staatsangehörige über die russische Grenze ausgewiesen worden und zwar zweifellos An- archisten, deren Aufnahme wir keinem andern Lande zu- muten konnten. Die große Anzahl politisch verdächtiger Personen, die ausgewiesen werden mußten, sind nicht über die russische Grenze gebracht worden. Eine Schwäche der deutschen Regierung, eine Liebedienerei besteht in Wahr- heit nicht. Die Schritte Schenker sind ausschließlich Sozialdemokraten und unter den geschmuggelten Schriften sind terroristische und anarchische Kundgebungen überliefert. Herr Bebel hat gemeint, es seien Ruduckseier, die von ganz raffinierten Spitzeln den harm- losen Genossen untergeschoben seien. Das reicht in der Kühnheit der Erfindung an den Schwandel vom Kaiserhof auf der Bichselwerder-Insel heran. (Große Heiterkeit.) Nächstens sollen wohl auch die Schimpfereien auf dem Dresdens Parteitag von der preussischen Re- gierung und von mir angeklagt sein. (Stürmische an- dauernde Heiterkeit.) Die deutsche Sozialdemokratie hat sich mit den Leuten, die diese Brandbroschüren, diese blut- rünstigen Proklamationen geschrieben haben, in eine weit- gehende Geschäftsverbindung eingelassen (Unruhe h. d. Soz.) und wahrscheinlich sollten diese die Schriften über die russische Grenze schmuggeln. Theoretisch mag es sehr schwer sein zu bestimmen, was Anarchist ist, praktisch wird jeder zugeben, daß die nennlich von Justizminister ver- lesenen Schriften anarchischen Charakter haben. Wieweit die russischen Agenten uns helfen sollen, entscheidet nur die hiesige Polizei. Harmlose Literaten oder wissenschaftlich arbeitende Studenten sind mir behilflich worden. Aber die Bestimmung darüber, was Fremde tun dürfen, treffen wir und nicht die fremden Kihilisten und ihre sozialdemokrati- schen Helfer. (Sehr richtig! rechts.) Und wenn die slavischen Studenten unter Führung der Herren Mandelstam und Silberfarber (Heiterkeit) sich in so impertinenten Er- klärungen maufig tun, werde ich für die Ausweisung dieser Leute sorgen. Von solchen Schnorrern und Verschwörern lassen wir uns nicht auf der Nase herumtanzen. (Lebh. Sehr richtig! rechts.) Das ununterbrochene Loben der Sozialdemokratie gegen Rußland will zum Kriege und zur Revolution führen. Herr Kaustky, das publizistische Sprach- rohr, der Reibjournalist des Herrn Bebel, der in demselben Verhältnis zu ihm steht, wie weiland in Spanien der Großinquantor zum König (Heiterkeit), hat ja ausgetradert, daß er von dieser Revolution den Beginn der proletarischen Diktatur in Deutschland erwartet. Um mit der Zuchthaus- ordnung des Zukunftstaates beglückt zu werden, sollen wir den Kihilisten erlauben, nach Herzenslust zu konspi- rieren. Wir werden nicht heut in Rußland und morgen anderswo intervenieren, sondern willig unbestimmt um sozialistische Quereibereien die freundschaftlichen Bezieh- ungen aufrecht erhalten, die uns jetzt mit anderen Staaten verbinden. (Lebh. anhaltender Beifall rechts.)

v. Kardorff (M.): All das Brimborium, das Herr Bebel über das Verhalten früherer preussischer Polizei- beamten gemacht hat, sollte dazu dienen, zu verdeuten, daß seine Angaben von den Ministern glänzend widerlegt sind. (Sehr richtig rechts; Lachen h. d. Soz.) Wenn der Aus- lieferungsvertrag auch vielleicht etwas zu hart ist, so dürfen wir eben doch jetzt nichts ändern, ohne die gebotene Neutralität Rußland gegenüber zu brechen. Das ganze Vorgehen der Sozialdemokratie hat nur den Zweck, gegen-

Rußland Stimmung zu machen. (Sehr richtig! rechts; Sachen b. d. Soz.)

Haase (SD): Den Königsberger Prozeß habe ich nur insoweit herangezogen, als es galt nachzuweisen, inwiefern die Befehle dabei nicht beobachtet worden sind. Das ist eine Pflicht des Reichstags. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr v. Hammerstein verschließt gegen Tatsachen die Augen, er will nicht sehen, oder er soll wohl nicht sehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Er hält von vornherein all unsere Angaben für Fiktion und wundert sich dann, wenn bei den Ermittlungen nichts herauskommt. Er konfrontiert nicht einmal die Postbeamten mit den von uns namhaft gemachten Agenten. Der Reichskanzler hat sehr billig gegen uns polemisiert. Er selbst hat aus den Akten des Auswärtigen Amtes den schlagenden Beweis für unsere Liebedienerei gegenüber Rußland erbracht. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Nach seiner Darstellung hat man Leute nur deshalb ausgewiesen, weil die russische Regierung es wünschte. Deutsch ist nie Anarchist gewesen: er lebt unbeschäftigt in Frankreich, das das Gerecht nicht verlegt. Der Reichskanzler hat die Russen Schnorzer genannt, er hat damit den Beifall der Antisemiten geerntet, den ich ihm von Herzen gönne. (Sehr gut! b. d. Soz.) Er hat sich als sehr gelehriger Schüler Rußlands erwiesen. Die Sozialdemokratie hat nie Deutschland und Rußland „verhegen“ wollen. Unsere Regierung aber verbeugt sich vor Rußland und wirtet sich vor ihm fortwährend hin, um nur sein Wohlwollen zu erringen. Das ist festgenagelt durch die heutige Rede des Grafen Bülow. Der Minister des Innern sagt, er wolle das deutsche Reich und Preußen erhalten. Ja, wer will es denn beseitigen? Die Verheerung Babels in Dresden besagt doch nur, daß in der Weltanschauung uns eine tiefe Kluft von der bürgerlichen Gesellschaft trennt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Eine preussische Behörde hat dem Polizeigenanten einer russischen Grenzstadt ein Personalverzeichnis derjenigen mitgeteilt, die des Transportes illegaler Schriften verdächtig sind. Nicht nur Russen werden namhaft gemacht, sondern auch die Angeklagten im Königsberger Prozeß. Erst aus diesem Schriftstück habe ich erfahren, gegen welche Personen die Behörden eingeschritten sind. (Große Bewegung und Zurufe b. d. Soz.) Und am Schluß dieses Schriftstücks erfuhr die deutsche Behörde die russische Regierung, ihr deutsche Staatsangehörige namhaft zu machen, die im Verdacht stehen, illegale Schriften nach Rußland zu verbreiten. (Lebh. Bewegung b. d. Soz.) Nach den Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, ist die Vermutung, daß die terroristischen Schriften von russischen Spikeln abgehandelt sind, sehr wahrscheinlich. Nach der Rede des Reichskanzlers werden sich die Spittel erst recht sagen, wenn der Reichskanzler so von Wohlwollen gegen die russische Regierung überfließt, dann kannst du in Deutschland ein gutes Geschäft machen. Der Reichskanzler, der ein moderner Mann sein will, hat sich keine Ehre mit seiner heutigen Rede eingelegt. (Lärm rechts. Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Justizminister Schöndt: Herr Haase ist heute wie am Sonntagabend um die Hauptsache herumgegangen. (Lebh. Widerspr. b. d. Soz.) Die Staatsanwaltschaft in Königsberg ist nicht mit politischen Agenten, sondern mit den Oberprokuratoren in Libau und Riga in Verbindung getreten. Das ist doch etwas ganz Natürliches. (Sachen b. d. Soz.) Herr Bebel behauptet, Herrn Stubit nicht zu kennen. In einem Briefe Stubits an Treptau schreibt dieser aber, er habe Bebel Mitteilungen über den Fall Kube gemacht. Wer sich von beiden irrt, weiß ich nicht. Die Beziehungen der Parteileitung zum Schriftenschnuggel mögen Herrn Bebel unangenehm sein, er hat sie abgelehnt. (Stürmische Zurufe b. d. Soz.: Abgelehnt! Sie haben nichts bewiesen! Abg. Wd. Hoffmann ruft wiederholt: Kann sich denn der Minister alles erlauben! Unruhe rechts.)

Vizepräsident Haase: Darüber habe ich zu entscheiden. Ich würde einschreiten, wenn der Herr Minister etwas Unstatthafes sagte.

Justizminister Schöndt (fortf.): Ich kann Sie nur im Interesse der guten Sache bitten, die Spittel zu entlarven; der Justizverwaltung liegt nur an der Ermittlung der Wahrheit.

Preussischer Minister des Innern Frhr. v. Hammerstein: Herr Bebel sagte, wer als Sozialdemokrat terroristische Schriften verbreitet, fliegt aus der Partei. Das glaube ich doch nicht. Ein revolutionär-russisches Flugblatt ist ohne Kommentar in den vom Abg. Ed. Bernstein herausgegebenen „Dokumente des Sozialismus“ abgedruckt worden. (Allgem. stürmische Heiterkeit.) Herr Bebel hat die russischen Studenten, welche gegen Herrn v. Nichtshofen protestierten, als reife Männer hingestellt. Wenn das so ist, dann werden wir uns vielleicht doch noch fragen, ob wir nicht die 394 Studenten auch noch ausweisen sollen. (Heiterkeit.) Herr Bebel hat gesagt, die Geschichte wird das Urteil über unser Verhalten fällen. Ich kann wohl diesem Urteil ruhig entgegensehen. (Stürmische sehr richtig! links.) Wer den Besten seiner Zeit genug getan, der hat genug getan. (Stürm. Heiterk. links. Ruf: Der hat gelebt für alle Zeiten! Erneute Heiterkeit.)

Staatssekretär von Nichtshofen: Ich habe Herrn v. Bebel nicht als Anarchisten bezeichnet. Neuerdings ist er mir allerdings ziemlich verdächtig geworden. Wie Amerika die Einwanderung der Anarchisten verboten hat, so werden auch wir uns diese Gesellschaft vom Leibe halten. (Bravo! rechts.)

Werner (Antif.): Schnorzer und Verschwörer ist meist das selbe. Es ist sehr richtig, daß man diese Leute nach Rußland abschiebt. (Bravo! b. d. Antif.)

Haase (SD): Der Justizminister hat meine Äußerungen in rabulistischer Art umgedeutet.

Vizepräsident Haase (unterbr.): Zu solchen Äußerungen haben Sie nicht das Recht.

Haase (fortf.): Wie kommt der Minister dazu, einen Expedienten des „Vorwärts“ ohne weiteres als Mitglied der Parteileitung zu bezeichnen? Vielleicht bezeichnet er auch die Portiers als Mitglieder des Ministeriums. Ueber Herrn v. Hammerstein und seine Kollegen wird die Weltgeschichte hinweggehen, und wenn sie zehnmal die Hände der Heiligen Allianz in Deutschland wieder aufzichten wollen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Bebel (SD): Wenn solche Dinge wie hier in andern Ländern vorlämen, würden sie die heftigste Entrüstung hervorrufen. Frankreich steht gewiß in enger politischer Beziehung zu Rußland, aber so etwas wäre dort unmöglich. In Paris wurden zwei Spittel, die in einer Versammlung russischer Studenten entdeckt wurden, auf das Robium geschleppt und durchgeprügelt. Den Studenten ist nichts passiert. Herr v. Hammerstein hat so wenig Kapazität entwickelt, daß ich erkaunte bin, daß er einen so wichtigen Posten in einem großen deutschen Bundesstaat bekleidet. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Erfolg dieser Debatte wird hoffentlich sein, daß sich die preussischen Polizeibeamten bis zum Minister des Innern, wie auch die russischen Polizeigenanten, in Zukunft gehörig in Acht nehmen werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Minister Frhr. v. Hammerstein: Herr Bebel hat mich ein Muster von Intelligenz genannt. Soviel Kopipi-

tät habe ich jedenfalls bewiesen, daß ich Ihre Anklagen als unbegründet erwiesen habe. Darauf kam es an. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Bebel - Ledebour - Haase wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung des Justizetats auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

### Politische Mundstücken.

#### Deutschland.

Göhre's Bericht. Mit der Kandidatur Göhre's im 20. sächsischen Wahlkreise beschäftigte sich Sonntag abends eine überaus zahlreich besuchte Parteiverammlung, die in Gelenau stattfand. Die Versammlung war sehr stark besucht; 36 Orte waren vertreten. Nach Erledigung der Bureauwahl wurde zunächst vom Vorsitzenden das Verhalten der Parteinstanzen scharf kritisiert, besonders über das Chemnitzer Agitationskomitee entlud sich sein Zorn. Dann erhielt Göhre das Wort. In dreiviertelstündiger Rede legte er die Verhältnisse, wie sie sich entwickelt haben, klar und dankte den Genossen des 20. Wahlkreises, daß sie den Mut gehabt, ihm die Kandidatur anzutragen, trotz der Vorgänge, die sich an seine Person knüpften. Jedoch habe er den unerschütterlichen Entschluß gefaßt — wenn auch mit schwerem Herzen — die Kandidatur abzulehnen und zwar im Interesse der Einheit der Partei. Starker, beinahe einstimmiger Protest erscholl aus der Versammlung, die erst nach zweistündiger Debatte sich dazu verstand, an Stelle Göhre's den von ihm selbst vorgeschlagenen Genossen Pinkau, Photograph in Leipzig, mit 25 Stimmen von 36 (es wurde nach Drtschaften abgestimmt) als Kandidaten aufzustellen. Göhre bleibt bis zum Wahltag im Kreise, um für die Wahl Pinkaus zu agitieren.

Die bayerische Wahlreform gescheitert. Die bayerische Kammer stimmte Montag über das Wahlgesetz ab. Von 156 Anwesenden stimmten 96 dafür (Sozialdemokraten, Zentrum, Abg. Gebhard vom Bund der Landwirte, Abg. Luz von der freien Vereinigung und der Demokrat Köhl). Dagegen stimmten 60 Abgeordnete, nämlich die Liberalen und die Freie Vereinigung außer Luz. Das Gesetz ist somit, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit (104 Stimmen) fehlte, gescheitert.

Ueber ein schweres Gesetzt mit den aufständischen Hereros meldet ein Telegramm des Gouverneurs Leutwein: „Die Kolonne des Majors v. Gtorff hatte am 25. Februar ein schweres Gesetzt an der Wasserstelle Tjihina napa, 50 Kilometer von Omaruru, gegen zahlreiche und tapfer stehende Hereros in vorzüglicher Stellung, gegen welche Artilleriewirkung unmöglich war. Abends wurde die feindliche Stellung durch Sturm der Kompanie Franke durchbrochen, worauf die Hereros sich in östlicher Richtung zurückzogen. Die Verluste des Feindes sind unbekannt; erbeutet wurden 500 Stück Großvieh und 2000 Stück Kleinvieh. Die deutschen Verluste sind: Tot Oberleutnant Otto Schulze aus Krosin. Schwer verwundet Oberleutnant v. Schönau-Wehr (Schuß am linken Hüfte), Oberleutnant Hannemann vom Seebataillon und Leutnant v. Stülpnagel (beide Schuß durch den rechten Oberarm), Gefreiter Volrath Friedrich aus Coswig, Kreis Zerbst, (Duerchschuß durch den Unterkiefer), Gefreiter Ernst Bindez aus Holzgerlingen in Schwaben (Schuß durch die linke Lunge und den linken Oberarm). Leicht verwundet: Sergeant Bernhard Bräuer aus Bradupönen, Ostpreußen (Streifschuß an der rechten Wade), Gefreiter Bruno Spuhl aus Schönefeld, Kreis Leipzig (Streifschuß am linken Unterarm), Gefreiter Reinhold Meusel aus Wald, Kreis Jittau, Königreich Sachsen (Streifschuß am Kopf).“ — Wie Leutwein weiter noch berichtet, hat die Kolonne des Majors v. Plaschapp Dwitango erreicht; der Feind sei nördlich ausgewichen.

Unruhen sind auch in Kamerun ausgebrochen. Schon vor einiger Zeit ist berichtet worden, daß der Stationsleiter Graf Büdler den Eingeborenen zum Opfer gefallen ist. Jetzt meldet die „Nordd. Allg. Zig.“: Nach einer telegraphischen Meldung des Gouverneurs von Kamerun ist eine erste Kolonne der kürzlich aus Anlaß der Nachricht von dem Tode des Stationsleiters Grafen Büdler entsandten Strafexpedition unter Leutnant Mitschmann bereits am Großfluß eingetroffen, wo inzwischen der Misserfolg der Büdler'schen Expedition zu weiteren Ausbreitungen der Eingeborenen gegen die dort befindlichen Niederlassungen der Gesellschaft „Nordwest Kamerun“ geführt hatte. Leider sind bei diesen Unruhen drei Angestellte der Gesellschaft, die Herren Küfer, Schoof und Schmidt um's Leben gekommen und die dortigen Faktoreien der Gesellschaft geplündert und zerstört worden. Es verlautet, daß auch die Station Dffingbe zerstört worden sei, doch liegen hierüber keine amtlichen Meldungen vor.

Kleine politische Nachrichten. Eine Berufs- und Betriebszählung findet nach der „Köln. Zeitung“ im Sommer 1905 statt. Der Gedanke, diese Betriebszählung zu verbinden mit der üblichen Volkszählung am 1. Dezember 1904 ist endgültig aufgegeben. — Von der kleinen Garnison in Birna wird in den nächsten Tagen wieder viel zu hören und zu lesen sein. Die bekannte Offiziers-Duellaffäre gelangt am 3. März vor dem Kriegsgericht zu Dresden zur Verhandlung. Außer den am Duell beteiligten Offizieren der Birnaer beiden Artillerieregimenter werden sich auch mehrere Offiziere wegen Kartelltragens zu verantworten haben. — Das Gerichtsverfahren gegen den „Simplissimus“ wegen der konfiszieren Zentrumsnummer ist, wie aus Mündigen gebräutet wird, eingestellt worden. — Das reichsländische Ministerium hat die Einführung und Verbreitung der in Paris erschienenen französischen Uebersetzung des Bilschen Romans „Aus einer kleinen Garnison“ für Elsaß-Lothringen auf Grund des § 2 des reichsländischen Preßgesetzes vom 8. August 1898 verboten. — Der frühere Präsident der Transvaal-Republik Krüger soll nach dem Londoner „Daily Express“ in Mentone im Sterben liegen. Von anderer Seite liegt eine Bestätigung dieser Meldung nicht vor. — Die rumänische ordentliche Parlamentssession, welche bereits am 15. Februar zu Ende gehen sollte, ist bis zum 15. März verlängert worden. — Gerüchweise verlautet, England habe von Persien die Konzession zur Ausbeutung der dortigen Bodenschätze auf hundert Jahre erhalten. —

Aus Mexiko wird gemeldet, die Regierung trete der Brüsseler Zuckerkonvention bei. Man hofft, dadurch den englischen Markt für den mexikanischen Zucker zu gewinnen. — Die kubanischen Wahlen sind nach einer Stabmeldung der „Frankf. Zeitg.“ ruhig verlaufen. Eine Regierungsmehrheit ist gesichert.

#### Spanien.

In der Kammer stellte Sonnabend Ministerpräsident Maura die Vertrauensfrage in der Angelegenheit der Annahme der Kredite für Meer und Marine. Die Kammer bewilligte die Kredite mit 139 gegen 114 Stimmen.

#### Türkei.

Wegen des Ordensschwinds verurteilte der Gerichtshof in Konstantinopel sämtliche Angeklagte zu zehn Jahren Gefängnis. Unter ihnen befindet sich auch Dr. Christoph, eine früher dem höheren deutschen Richterstande angehörige Persönlichkeit, die seit Jahren in Konstantinopel lebt und türkischer Untertan geworden ist. Die Ordensdiplome wurden im Großwestrate gestohlen, dann ausgefüllt und mit gefälschten Unterschriften versehen. Der Generalstaatsanwalt stellte bisher zweihundert gefälschte Diplome fest. Die Fälscher sollen allein im Vorjahre über zehntausend Pfund vereinnahmt haben.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 1. März 1904.

In Sörigen der Agrarier will man anscheinend die hiesigen Landgullehrer stempeln. In der letzten Versammlung des Vereins der Landbewohner wurde anlässlich der Besprechung einer die Beiträge zu den Schullasten betreffenden Eingabe an die Bürgerchaft von verschiedenen Seiten betont, daß es sehr wünschenswert sei, wenn die jungen Lehrer auf dem Lande etwas mehr unter Aufsicht gestellt, insbesondere den Gemeindevorständen ein Aufsichtrecht über die Schule als auch die Lehrer eingeräumt würde. Dieses Begehren der Agrarier ist erklärlich: sie wollen durch eine solche Maßregel bezwecken, daß die Kinder auf dem Lande in der Dummheit hingehalten werden sollen, damit sie sich dann später als unfähige Ausbeutungsojekte bewähren. Würde dem Begehren der Ritter von Ar und Galm entsprochen, dann könnte man sich fest darauf verlassen, daß unsere Landschulen noch auf einem weitaus niedrigeren Niveau ständen als die berühmten mecklenburgischen Schulen. Hoffentlich aber gelingt es, den Ansturm der Agrarier auf unsere Landschulen abzuschlagen.

Ein Nekrolog. Wie unsere Leser aus dem Inseratenteil in gestriger Nummer unseres Blattes ersehen haben, ist der Schiffsbauemeister Evers am Sonntagabend morgen im Alter von 72 Jahren verstorben. Sein Tod ruft nun einige Erinnerungen wach, wie man in Lübeck früher die Ausbreitung der Industrie bekämpfte. Der Verstorbenen betrieb als erster auf Blage auf dem späteren Meyer'schen Platz an der Catharinenstraße den Bau und die Reparatur eiserner Schiffe. Auf Betreiben der anwohnenden Willenbesitzer, die sich durch das Klopfen auf der Werft „belästigt“ fühlten, wurde dann E. von Staatswegen aufgelegt, die Werft mit einer hohen Mauer zu umgeben. So entstand die sogen. „chinesische Mauer“. Die Willen aber waren durch diese Mauer entwertet, da ihnen jetzt die Aussicht genommen war. E. selbst aber, dem die Ausführung der Betonmauer enorme Summen gekostet hatte, gab jetzt sein Geschäft, das ihm infolge der Antipathie der damaligen leitenden Kreise gegen die Industrie so viel Verger bereitet hatte, auf. Der Staat kaufte den Platz mit der Mauer an und verpachtete ihn später an „Pflanzenmeyer“. Würde man dem alten Evers damals nicht solche Schwierigkeiten bereitet haben, dann wäre heute zweifellos die Werft eine gut florierende. So aber hat man damals in dem Haß gegen die Industrie einem lohnenden Betrieb den Garaus gemacht. Heute will man dagegen alles aufstellen, um Lübeck zu einer Industriestadt zu gestalten. Ja, ja, die Zeiten und auch die Ansichten regierender Personen ändern sich!

Dem Jahresbericht des Vereins „Deutsche Lesehalle“ für 1903 entnehmen wir, daß sich die Bücher- und Lesehalle im verflorenen Jahre einer besonders kräftigen Entwicklung zu erfreuen gehabt hat. Infolge des gesteigerten Verkehrs erwiesen sich die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten als zu klein, jedoch auf eine baldige Erweiterung Bedacht genommen werden muß. Trotz der geringen verfügbaren Mittel stieg die Zahl der Bücher, namentlich infolge häufiger Büchererwerbungen, von 4207 auf 5161. Die Zahl der in der Lesehalle ausliegenden Zeitungen und Zeitschriften stieg von 170 auf 193. Die Steigerung in der Benutzung der Lesehalle ist im Verhältnis zu den Vorjahren eine ganz enorme. 1897 betrug diese Zahl 4934, 1900 11091, 1902 17536 und 1903 27690 Bände. Lesarten wurden in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1239 gelöst. Von diesen 1239 Personen waren 250 Handwerker, 9 Ärzte, 348 Kaufleute und Beamte, 35 Arbeiter, 362 Frauen und Mädchen, 171 Schüler, 38 Lehrlinge und 26 Privatleute und Rentner. Die Lesehalle wurde im Berichtsjahre von 35627 Personen gegen 25809 im Vorjahre besucht. Von den Besuchern waren 18949 männliche Personen über 21 Jahre, 13162 jüngere und 3516 Frauen und Mädchen. Die Zahl der Vereinsmitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1903 451 gegen 360 im Jahre vorher. Die Einnahmen des Vereins betrugen insgesamt 6160,50 Mk., die Ausgaben 6902,46 Mk., zu dem hiernach vorhandenen Fehlbetrag von 742,26 Mk. kommt noch der vorjährige von 553,10 Mk. hinzu, jedoch sich der Gesamtfehlbetrag auf 1595,36 Mark bezieht. Der Fehlbetrag ist auf das fortwährende Steigen der Verwaltungsausgaben zurückzuführen. — Hoffentlich gelingt es im laufenden Jahre, durch erhöhte Zuwendungen an dieses gemeinnützige Institut den Fehlbetrag zu decken, um so die Bücher- und Lesehalle noch aktionsfähiger als bisher zu gestalten.

Schwerer Unglücksfall. Montagabend verunglückte in der Schwartauer Allee (Wilhelmshöhe) die Ehefrau des Arbeiters Behrens in Bornort dadurch, daß sie infolge der Glätte zu Fall kam und bestimmungslos liegen blieb. Sie trug eine schwere Verletzung des Hinterkopfes davon und wurde solange in einem in der Nähe befindlichen Hause aufgenommen, bis ihr Ehemann sie abholte. — Dieser bedauerliche Unglücksfall hätte sich nicht ereignet, wenn man seitens der in Frage kommenden Behörden den Straßen und Plätzen in den Vorstädten bei Frostwetter etwas mehr Aufmerksamkeit zuwenden würde. Infolge des am Sonntagabend beim Gärtner Drows stattgefundenen Brandes und des Eingriffs der Feuerwehr war die Schwartauer Allee an jener Stelle mit Wasser überschwemmt, das sich natürlich bei der Sonne in eine Eislage veränderte. Das ereignete sich Sonntagabend, am Montagabend aber verunglückte hier eine Frau, weil man es noch nicht für nötig befunden hatte, die herrschende Glätte durch Streuen von Sand u. zu beseitigen.

Hier muß für die Folge unbedingt eine Aenderung ein-  
treten.

**Ein schlechter Stiefsohn.** Wegen eines Kupfer-  
schmied von hier wurde seitens seiner Stiefmutter Anzeige  
wegen Hausfriedensbruchs erstattet.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Festgenommen wurde  
ein Arbeiter aus Mildenort, der von der Großherzoglichen  
Amtsanwaltschaft zu Neustrelitz wegen Körperverletzung  
schwerlichlich verfolgt wurde. — Am Sonntagabend zwischen  
8 und 11 Uhr wurde aus einem unverschlossenen Zimmer  
einer Speisewirtschaft in der Schmiedestraße ein noch gut  
erhaltener schwarzer Winterpaletot mit graufarbigem  
Futter gestohlen. — Festgenommen wurde ein Arbeiter  
aus Kiel, der seitens der königlichen Staatsanwaltschaft  
in Kiel wegen Diebstahls schwerlichlich verfolgt wird.

**Travemünde.** Bei den Neuwahlen zum Ge-  
meinderat, die Sonntag stattfanden, wurden Maurer-  
meister Söhrmann, Zimmerer Böge, Arbeiter  
Dumeit und Zimmerer W. Brodman gewählt.

**Ein erhebliches Feuer** wüthete  
gestern Morgen 7 1/4 Uhr das Wohnhaus des Fuhrwerks-  
besizers M. Moser in der Weidestraße bis auf die Um-  
fassungsmauern ein. Mobilien und sämtliches Lebende  
und tote Inventar sind gerettet. Man vermutet, daß ein  
schadhafter Schornstein die Entstehungsurache gewesen ist.  
Das Haus ist bei der „Phönix“ versichert.

**Kleine Chronik der Nachbargemeinde.** Das Reichs-  
gericht verwarf dieser Tage die Revision der Nebenklägerin  
Johanna Schulz-Wandsbeck gegen das Urteil des Land-  
gerichts Altona vom 2. März 1903, durch das der Ka-  
pitän Sachs und der Steuermann Wahlen von der An-  
klage, den Untergang des Dampfers „Primus“ in der Nacht  
zum 21. Juni 1902 verursacht zu haben, freigesprochen  
worden waren. — In Schwanebeck stürzte in voriger  
Woche der Arbeiter J. Schwarz aus Daffow auf dem  
Eisenbahngehäusen vom Weidboden auf die Diele. Nach  
zwei Tagen war er eine Leiche. — Sonntagmittag gingen  
die Herde des Erbpächters Niemann in Mütow bei  
Neustadt i. M. bei der Rückkehr vom Felde durch. N. blieb  
mit dem Fuße hängen und wurde eine ganze Strecke fort-  
geschleift. Er erlitt schwere Verletzungen, u. a. eine Spalt-

ung des Schädels, außerdem wurde ihm die Haut vom  
Hinterkopfe fast gänzlich losgerissen. — Der Arbeiter Puls  
in Grabow kam am Sonnabendnachmittag unter seinen  
Wagen und starb auf dem Transport nach dem Städt.  
Beizehlem in Ludwigslust. — Der Kaufmann Jänemann  
in Emden, Bestzer des abgebrannten Hauses und  
Vater der vier verbrannten Kinder, ist wegen  
Verdachts der Brandstiftung verhaftet worden. —  
Der Feldwebel Glodreuter in Oldenburg ließ einen  
Musketier über eine Viertelstunde nach dem Mann-  
schaft stehen und beschimpfte ihn dann mit „Schwein-  
schädel“. Das Kriegsgericht erkannte auf — zwei Tagen gelinden  
Arrest (1), wogegen G. Berufung einlegte mit der Be-  
gründung, er habe als Soldat „nur seine Pflicht“ getan.  
Das Oberkriegsgericht hatte jedoch für diese Art Pflicht-  
erfüllung kein Verständnis, sondern verwarf die Be-  
rufung. Die dem Feldwebel auferlegte Strafe ist wirklich  
eine sehr schwere!

**Wandsbeck.** Franz Loelge, der Kreisvertrauens-  
mann für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahl-  
kreis, ist nach kurzem, aber schwerem Leiden in der Nacht  
zum Sonntag im Krankenhaus im Alter von 39 Jahren  
verstorben. In der letzten Zeit machte sich bei dem Ver-  
storbenen ein rapider Kräfteverfall bemerkbar, der trotz  
Aufenthaltes in einer Krankenanstalt ständig fortschritt.  
Der Verstorbene, der den Posten eines Lagerhalters hier-  
selbst bekleidete, war ein äußerst rühriger und aufopferungs-  
freudiger Genosse. In seinem Sarge trauern neben der  
Parteigenossenschaft eine Frau und drei unmündige Kinder.  
Seine letzten Wünsche!

**Hausburg.** Verurteilter Schwindler. Der  
Korporale Blumstedt in Schleswig, der bekanntlich in  
verschiedenen Orten eine Reihe Parteigenossen beschwindelte,  
wurde von der Strafkammer wegen sieben Betrugsfällen  
zu 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust ver-  
urteilt. — Erstickungstod. In der Nacht von Freitag  
zu Sonnabend sind in dem Hause Roderhofendamm Nr. 3  
drei Dienstmädchen durch Kohlenoxydgas betäubt  
worden. Der Schornsteinfeger hatte Freitag den Schorn-  
stein gereinigt und dann zugedeckt. Die Mädchenstuben  
befanden sich in allen drei Etagen unmittelbar an dem

Schornstein. Während zwei der Mädchen wieder hergestellt  
sind, ist das dritte gestorben.

### Letzte Nachrichten.

**München.** Mord und Selbstmord. Montag  
früh wurde die Inhaberin eines Stickeriegeschäfts Theuer,  
von ihrem Zimmerherrn, dem Magistratssekretär Schlund,  
durch drei Revolvergeschosse getötet; Johann tötete Schlund  
sich selbst durch einen Schuß in die Schläfe. Der Täter,  
welcher seit längerer Zeit bei der Ermordeten wohnte,  
wollte mit derselben ein Liebesverhältnis anknüpfen, wo-  
rauf sich Frau Theuer jedoch nicht einließ.

**Neuwerk.** Eine Dynamitexplosion fand auf  
der Pacificbahn, nahe von Jackson statt. 24 Ar-  
beiter wurden getötet. — Schiffsbrand. In  
Nord des Dampfers „Queen“ brach zwischen San Fran-  
cisco und Seattle Feuer aus. Vier Passagiere und  
neun Mann der Besatzung kamen um.

### Briefkasten.

**F. R.** Bei einem Jahresverdienst von mehr als  
1150 Mk.

**S. S. 103.** 1. Der Krimkrieg, der zwischen Rußland  
einerseits und der Türkei und ihren Verbündeten (Eng-  
land, Frankreich, Sardinien) andererseits geführt wurde,  
währte von 1853—56. 2. Napoleon III. beauftragte 1854  
den Ingenieur Guiseppe mit dem Entwurf schwimmender  
Panzerbatterien, nach welchem auch fünf Stück mit einem  
Panzer von 110 mm Dicke auf 20 cm starken Eisenplatten  
erbaut wurden. Sie erzielten bei der Beschießung von  
Kinsburn an der Mündung des Dnieper einen glänzenden  
Erfolg.

**Zwei Dumme.** Nein.  
A., Cutin. In die Expedition.

### Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:  
Posteils Bau Travemünde, Lieberschuh 2 Mk.  
von Getränken Friedr. Dieger u. Co.

### Holz-Verkäufe.

Am Montag den 7. März beim Gemeinde-  
vorsteher Ehlers in Behlendorf:

Vorm. 10 Uhr: 80 Hfa eichen Buch 260 Hfa  
buchen Buch, 60 Hfa Buchholz-Buch.  
Nachm. 2 Uhr: 24 Hfa eichen Kluft, 60 Hfa  
eichen Knüttel, 590 Hfa buchen Kluft, 380 Hfa  
buchen Knüttel, 40 Hfa Kadelholz-Kluft.

Am Sonnabend den 5. März, vormittags  
10 Uhr beim Gastwirt Kabele in Linau:  
2860 Stück Stangen 1.—3. Kl., 4250 Stück  
Stangen 4.—8. Kl.

Sonnabend den 5. März, vorm. 10 Uhr, im  
Straß zu Mannhagen:

9 Hfa eichen Kloben, 4 1/2 Fuder eichen Durch-  
schlagsholz, 20 Fuder eichen Reiser, 19 Hfa  
buchen Kluft, 25 Fuder buchen Durchschlags-  
holz, 16 Fuder buchen Reiser, 10 Fichten  
Stangen, 2 Hfa Kadelholz-Bruchholz, 10 Fud.  
Durchschlagsholz.

Montag morgen entschieß saust im Allgemeinen  
Kronenbauje

**Ernst Albin Lang**

aus Aue im Erzgebirge i. S.

Lebt beirauert von den Hinterbliebenen. Dieses  
zeigen kühnbeirüht im Namen der Familie an

**Ernst Götz u. Frau.**

Zum 1. April eine Wohnung

zu vermieten.  
H. Bötcher, Eisenstraße 52.

Eine Frau sucht Beschäftigung

in Bekleidungs- und Kleiderarbeiten. Näheres  
Faltenstraße 110, I.

Hobelbank zu kaufen gesucht

es. mit Werkzeug. Rosenstraße 19, per.

Ein Roman Hauptmanns Garkes

Wer billig zu verkaufen. Schönheitsstr. 20.

Amarien-Hutchen und Weibchen billig

zu verkaufen. Schönheitsstr. 65.

Gonarrichhühner und Weibchen

bei noch abzugeben. Auch werden junge Zege-  
hühner in Lachs geschmakt.  
Nr. 135 an die Exp. d. Bl.

Verloren ein Eranting

gr. 3. Größe. 25. 12. 00  
Abzugeben gegen Belohnung.  
Schönheitsstr. 20, per.

Abhanden gekomm. 1 großes Huhn

ist 14 Tage lang gegen Belohnung  
Holz-Pantoffel

zu groß und zu klein.  
F. Stamer, Weidinger Allee 182.

**Visit-Karten**

auf 11. Rosenblattkarton

Die Dreckeri des Lbh. Volkstheater.  
Bürgerlicher Mittagstisch u. Abendessen  
Portion 30 und 40 Pfg.  
Fran. Kieck Wwe., Ringstraße 42.

**Achtung!**  
Prima Schokolade . . . . . 55 Pfg.  
Prima Sahne . . . . . 40—50 Pfg.  
Prima Kaffeebohnen . . . . . 50 Pfg.  
**Fr. Möller, Wakenitzmauer 26.**  
Fr. Sahne . . . . . 40 Pfg., pr. Ziegen-  
käse . . . . . 30 Pfg. Junge Ziegenkäse und  
Käse . . . . . Markische Platz 35.

### Abteilungsleiter im Marzipanfach

für größere Stadt in Norwegen gesucht gegen hohes Gehalt. Derselbe muß  
Spezialist, auch mit Modellieren und Dekorieren genau vertraut sein. Proben  
der Leistungsfähigkeit gewünscht. Schriftliche Offerten mit Gehaltsansprüchen  
und Zeugnisfotos zu senden an Albrecht & Dill in Hamburg.

### Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend sowie allen Freunden und Bekannten  
hierdurch die ergebene Mitteilung, daß wir am heutigen Tage

### Fadenburger Allee 42a

### ein Spezial-Geschäft zur Anfertigung von

### Herren-Garderoben für Zivil und Militär

eröffnet haben und bitten, unser Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.  
Hochachtungsvoll

### Krüger & Prien.

Lübeck, den 1. März 1904

### Als saubere Wäscherin u. Plätterin

empfiehlt sich  
Fran. Schröder, Stoffelshof.

### Neu! Neu!

### Fettwaren - Spezial - Haus

### Lübecka

### 7 Johannisstraße 7.

Billigste und beste Bezugsquelle  
in Margarine.

### BONA

Margarine,  
die größte Erzeugungsort auf dem Gebiete  
der Margarinefabrikation, schmakt wie

### Feinste Butter

Pfd. 80 Pfg.

### Neu! Neu!

### Spezialmarke „Forma“

— in Formen —  
Pfund 70 Pfg.

Es den ersten 5 Eröffnungstagen gebe ich,  
denen sich jeder Käufer vor der Güte und  
Qualität dieser Marke überzeugen, auf jedes  
Pfund

1 Pfund Butter gratis

1 Zeller oder 5 Rabattmarken.  
Hochf. Holl. Margarine  
Pfd. 50, 55, 60, 65 u. 75 Pfg.  
Bei jedem Pfund

1 Zeller oder 5 Rabattmarken gratis.  
Preis 50 Pfg. Margarine bedarf. Preisermäß.

Stets frisch gebr. Kaffees  
Pfd. von 80 Pfg. an.  
Bei jedem Pfd. von 1 Kl. an gebe ich  
1 hochfeine Tasse gratis.

Billigste Bezugsquelle  
in sämtlichen Fettwaren usw. Aufschütt-  
Ecken.

Große Auswahl in  
Tilsiter und Schweizer Käse.  
Kauf! hält das Schmelzen zu brauchen!  
H. Bauer Pfd. 18 Pfg.  
10 Eier 60 Pfg.

### Herm. Hartog

Abbruch-Lager  
Kanalarstraße, unterh. der Glockengießerstr.  
Verkauf von allen vorrätigen  
Abbruch-Materialien.  
Tannen und Eichen-Brennholz.  
Sonntags von 8—9 und 11—12 Uhr geöffnet.  
Fernruf 1598.

Frische Land-Eier, 4 Stück 30 Pfg.

### Margarine

prima Sorten und stets frisch  
per Pfund 65 und 75 Pfg.

Käse, in feinen, guten Qualitäten  
per Pfund 40, 60 und 80 Pfg.

stets frisch gebrannten Kaffee  
per Pfund 80, 100, 120, 140 Pfg.  
empfiehlt bestens

### Rud. Kracht,

Ratzeburger Allee Nr. 40.

NB. Rabattmarken beim Einkauf von  
50 Pfg. an.

### Die Lübecker

### Margarine-

### Fabrik „Hansa“

J. Schröder & Co.  
Rebenstraße 7. Telephon Nr. 913  
empfiehlt stets frische

### Margarine

welche in den meisten Geschäften  
zu haben ist.

### Achtung Maurer!

### Mitglieder-

### Versammlung

am Mittwoch den 2. März  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:  
1. Der Kampf des arbeitenden Volkes  
um das Konstitutionsrecht.  
Ref.: Gen. Th. Bartels.

2. Vereinsangelegenheiten.  
Ehrenpflicht der Mitglieder ist, in dieser  
Versammlung anwesend zu sein.  
Der Vorstand

### Täglich

### in allen Verkaufsstellen:

### Frisches

### Kraft-Dauer-Brot.

C. Siemers, Struckmühle.  
Fernsprecher 1110.

### Achtung Werftarbeiter!

### Verbands-

### Versammlung

am Mittwoch den 2. März  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

### St. Gertrud-

### Liedertafel.

Einladung zum

### Happen-Fest

am Sonntag den 6. März 1904  
im Lokale des Herrn W. Gloc  
„Louisenlust“.  
Aufang 5 Uhr. Eintritt 60 Pfg.  
Der Vorstand.

### Circus Variété.

Heute und folgende Tage:  
Das aus 9 Attraktionen  
bestehende  
herrliche  
März-Programm.  
Anfang 8 Uhr.

### Panorama

Breitestraße 53, 1. Etage.  
Diese Woche aufgestellt:

### Nord-Amerika.

Philadelphia, Baltimore, Washington.  
Jeden Tag von 10—10 Uhr geöffnet

### Stadttheater

7 1/2 Uhr. Mittwoch den 2. März. 7 1/2 Uhr.  
188. Borf. 23. Mittwoch-Abend.

### Hans Hucklebein.

7 1/2 Uhr. Donnerstag den 3. März. 7 1/2 Uhr.

### Othello (Oper).

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Umgegend“, sowie der mit J. S. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.  
Gesamtwortführer für die Rubrik „Lübeck und Umgegend“, sowie die mit J. S. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.  
Verleger: Theodor Schwach.  
Zugl. von Friedr. Dieger & Co. — Druckerei in Lübeck.

## Versammlung der Bürgerschaft.

J. St. Lübeck, den 29. Februar 1904.

Wortführer Stiller eröffnet die knapp beschlußfähige Versammlung um 10 Uhr 35 Min.

Zur Beratung stehen zunächst Senatsanträge: Erlaß eines Gesetzes, die Baufuchtlinien für den Schüsselbuden betreffend, sowie Abänderung der Gesetze vom 29. Oktober 1902, betreffend die Baufuchtlinien für die Straße „An der Mauer“ usw. und vom 18. Mai 1903, betreffend die Baufuchtlinien für die Königstraße.

Hierzu liegt eine Eingabe von Grundeigentümern an der Königstraße vor, in welcher dieselben um Ablehnung mehrerer Bestimmungen der Senatsvor schläge bitten und sich gegen das Verbot betr. das Bebauen von Höfen, wenden.

Ziele: Die betr. Hausbesitzer werden durch diese Vorlage sehr geschädigt. Ich bin der Meinung, daß es zweckmäßiger wäre, der Staat würde heute schon die Häuser im Schüsselbuden ankaufen und die jetzigen Eigentümer als Pächter einsetzen.

Dr. Wittern beantragt, einzelne Bestimmungen der Vorlage heute als selbständiges Gesetz zu verabschieden, im übrigen aber Kommissionsberatung eintreten zu lassen. Der evtl. einzuschickende Kommission bittet Nedner einen Antrag auf Aufhebung der sämtlichen Straßenverbreiterungs Gesetze und vorlage eines allgemeinen Gesetzes über die Verbreiterungen, zu unterbreiten. Nedner begründet diesen Antrag durch die Schädigung der Verschiedenartigkeit der einzelnen heute bestehenden Gesetze. Verschiedenartig seien auch die Entschädigungsansprüche. An der Mauer soll die Entschädigung auf dem einzig richtigen Wege des Enteignungsverfahrens berechnet, bei der Holstenstraße auf dem Vergleichswege, evtl. Enteignungsverfahren und für die Königstraße soll eine Entschädigungskommission eingesetzt werden. Es sei unter allen Umständen verkehrt, für jede einzeln zu verbreiternde Straße ein spezielles Gesetz zu schaffen. Hier müsse generell vorgegangen werden. Die neuen Bauverbote greifen schwer ein in die privatrechtlichen Verhältnisse der Eigentümer. Existenzen werden dadurch schwer geschädigt. Auf Grund der Landesgesetzgebung sind wir gar nicht befugt, derartige Bauverbote zu erlassen. Dem Staat würde z. B. niemals die Befugnis zuteilen, zum Zwecke der Errichtung einer Gasanstalt zu expropriieren. Hier liegt kein öffentliches Interesse vor. Ebenso liegt es bei dem vorliegenden Gesetz. Sie zwingen die hiervon Betroffenen, neu zu bauen, um evtl. ihre Existenz zu schützen. Ein solches Gesetz ist ein jesuitisches und entspricht nicht der Würde eines Staates. Kein einziger Staat schlägt einen derartigen Weg ein. In Lübeck kann die Verfassung durch jedes mit einfacher Majorität angenommene Gesetz geändert werden. Der Senat möge erwägen, ob es nicht angängiger sei, nach dieser Richtung hin eine Aenderung herbeizuführen. Das Grundrecht der Verfassung muß sein, daß das Privateigentum unverletzlich ist. Trotz der Behauptungen zweier Senatsmitglieder, daß es keine Stadtgemeinde Lübeck gäbe, hat das Gericht doch viermal das Bestehen einer solchen Gemeinde anerkannt. Es ist zweckmäßig, diese beiden Klassen zusammen zu werfen. Nedner bittet um Annahme seiner Anträge. (Bravo!)

Senator Dr. Eschenburg: Die Ausführungen des Vorredners über die Stadtgemeinde treffen nicht das Richtige. Ich bitte Sie, unter keinen Umständen den Vor schlägen des Vorredners bezüglich der Aufhebung der einzelnen Bestimmungen zu folgen.

Coleman: Ich gehe nicht so weit, wie Herr Dr. Wittern, bezüglich der Baubeschränkungen und kann die Ihnen vorliegende Eingabe von Königstraßen-Bewohnern nur befürworten. Nedner liefert an der Hand eines Beispiels den Nachweis, daß es sich bei diesem Gesetz um ein Zwangsbaugesetz handelt und erklärt, daß er unter keinen Umständen mit der Entschädigungskommission einverstanden sei. Zweck objektiver Beurteilung müsse das Gericht angerufen werden können.

Senator Evers: Der Zweck des heutigen Gesetzes ist der, die von Herrn Dr. Wittern gerügte Buntschichtigkeit zu beseitigen. Die Nachteile, welche zugestandenermaßen durch die Gesetze geschaffen werden, werden reichlich auf-

gewogen durch die Vorteile, die den Grundeigentümern dadurch erwachsen. Die Expropriation zu Gunsten des Allgemeininteresses ist zweckmäßig und wird ja auch von der Bürgerschaft gutgeheißen.

Sartori ergänzt diese Ausführungen.

Dr. Görz: Es ist eigentlich, daß, nachdem wir bereits im Jahre 1902 dieses Gesetz bis auf eine Kleinigkeit geschaffen haben, jetzt ein Vorschlag kommt, der die ganze Arbeit langer Jahre mit einem Schlag beseitigen will. Herr Dr. Wittern gegenüber bemerke ich, daß es zur Kompetenz des Staates gehört, derartige Bestimmungen zu erlassen. Ich will es der impulsiven Natur des Herrn Dr. Wittern zuschreiben, daß er von einem jesuitischen Gesetz gesprochen hat. Die Baubeschränkungen halte auch ich teilweise für zu weitgehend. Hier sind Lücken vorhanden, die beseitigt werden müssen.

Professor Dr. Baetke: Wir können nicht warten, bis ein generelles Gesetz geschaffen worden ist. Nedner ist für den Senatsantrag.

Dr. Wittern wendet sich zunächst gegen die persönlichen Ausmerkungen von Dr. Görz, sodann präzisiert er nochmals seinen Standpunkt. Herr Dr. Görz ist der Meinung, daß dem Gericht nicht das Recht der Nachprüfung von Gesetzen zustehe. Demgegenüber weise ich darauf hin, daß die hiesigen Gerichte schon so manche Gesetze aufgehoben haben. Wie man mir erzählte, sah kürzlich ein Staatsanwalt im Zuhörerraum, als über die Frage, ob ein Gesetz zu Recht bestünde oder nicht, an Gerichtsstelle entschieden werden sollte. Als dann das Gericht sich für die Gültigkeit des Gesetzes aussprach, da verließ dieser Staatsanwalt den Raum mit der Bemerkung: „Endlich doch einmal eine gültige Verordnung!“ (Große Heiterkeit. Dr. Benda ruft: „Davon weiß ich nichts!“) Nedner hält die Begründung der Vorlage nicht für richtig und bittet nochmals um Annahme seiner Anträge.

Rosenquist: Ich bin der Meinung, daß durch dieses Gesetz tatsächlich ein Zwang ausgeübt wird. Auch praktisch ist dieser Weg nicht richtig.

Dr. Vermehren: Die Bürgerauschusskommission war damals einkimmig der Meinung, daß ein Bauzwang eingeführt werden muß, trotzdem sonst im allgemeinen große Meinungsverschiedenheiten bestanden. Die Kommission war aber der Meinung, daß von einem direkten Bauzwang hier nicht die Rede sein kann. In den neuen Vorschlägen des Senats liegt allerdings ein mittelbarer Bauzwang, gegen den müssen wir uns wenden. Ich bin für eine Kommissionsberatung.

Senator Dr. Schön geht auf zwei von Coleman angeführte Bauverweigerungen ein. In dem einen Falle habe der Mann nach Klarlegung des Sachverhalts auf den Bau verzichtet. (Gürt! hört!)

Dr. Priess: Als Mitglied der Schätzungskommission für die Königstraße möchte ich alle gegen dieselbe erhobenen Vorwürfe zurückweisen. Wir haben recht gehandelt. Die Anträge, die an die Kommission gestellt waren, waren ganz horrend. 300, 400, ja sogar 500 000 Mark waren Kleinigkeiten.

Coleman: Es tut mir leid, daß Herr Dr. Priess sich als Mitglied der Kommission getroffen gefühlt hat. Er sprach von Grundfragen. Ja, wenn wir einen gemeinsamen Grundsatz schaffen könnten, dann hätten wir das Ei des Kolumbus entdeckt. Es war aber kein Kolumbus in der Schätzungskommission. (Heiterkeit.) Nach meiner Ueberzeugung war die Schätzung nach dem Nutzungswert nicht richtig. Nedner ist für Kommissionsberatung.

Brecht wendet sich gegen Coleman, sofern dieser die Entscheidung der Schätzungskommission angeführt resp. kritisiert hat. Im übrigen ist Nedner für Kommissionsberatung. Ein allgemeines Gesetz zu schaffen, hält Nedner für verfrüht.

Senator Dr. Eschenburg erklärt sich auf Anfrage dagegen, das ganze Gesetz der Kommission zu überweisen. Dr. Görz empfiehlt jetzt den Wittern'schen Antrag auf Kommissionsberatung.

Dr. Wittern wendet sich gegen die wider seine Ausführungen erhobenen Einwände.

Dobberstein: Der Wittern'sche Gedanke auf Einführung eines einheitlichen Gesetzes stammt von mir. Das Bauverbot ist einschneidend. Auch ich hoffe mit Herrn Dr. Wittern, daß in der Verfassung das freie Eigentumsrecht der Grundeigentümer anerkannt wird.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Röbler erörtert eine Mostangelegenheit. Senator Dr. Schön antwortet hierauf unter allgemeiner Heiterkeit.

Schnell hat gleichfalls eine Beschwerde vorzubringen.

Ein zweiter Schlußantrag wird wiederum abgelehnt. Bape: Ich habe für keine der Gesetze gestimmt. Zunächst ist es notwendig, die Holstenstraße, den Schandfleck Lübeck's, zu regulieren. Auch ich bin für das einheitliche Vorgehen. Die Holstenstraße macht uns zum Gespött in der ganzen Welt. (Oh-Rufe.) Ich bin nicht der Meinung, daß wir die Erörterung dieser Frage den Juristen überlassen sollen. Mit Herrn Coleman bin ich insofern nicht einverstanden, als er sagt, der Nutzungswert solle nicht maßgebend sein. Ich schätze mein Haus sehr hoch ein, um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet dazustehen. (Heiterkeit.) Vor einer Aufhebung der Gesetze schreie ich nicht zurück; haben wir doch in letzter Zeit verschiedene Gesetze aufgehoben: Realgymnasium, Schwimmbadhallenbad, an das Streifenpostenverbot gar nicht zu erinnern. Da muß ich für Kommissionsberatung.

Stender hält es nicht für richtig, daß Coleman hier Entscheidung der Schätzungskommission kritisiert. Wenn keine Kommissionsberatung gewünscht wäre, dann würde ich für die Senatsanträge stimmen. So aber bin ich für die Kommission.

Dr. Vermehren empfiehlt Dr. Wittern, in seinem Antrage die Worte: „Unter Aufhebung der bestehenden Gesetze“ zu streichen.

Dr. Wittern streicht schließlich diese Worte. Während der Abstimmung entspinnt sich eine Geschäftsführungsdebatte, nachdem der Senat durch seinen Kommissar erklärt hatte, daß ihm nur das ganze Gesetz etwas nütze.

Der Antrag Wittern auf Kommissionsberatung für einzelne Bestimmungen wird angenommen. Desgleichen der Ewualantrag Wittern, nach welchem sich die Kommission mit der Frage der Schaffung eines gemeinsamen Gesetzes zu beschäftigen hat.

Feststellung der im Rechnungsjahre 1904 auszuführenden Pflasterungsarbeiten in der Stadt.

Nach unwesentlicher Debatte wird dieser Antrag angenommen.

Feststellung der im Rechnungsjahre 1904 in den Vorstädten auszuführenden Wegearbeiten.

Auch hierüber entspinnt sich eine unwesentliche Debatte, die mit der Annahme der Senatsvorlage endet.

Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahr 1904.

Hierzu liegt ein Antrag vor, einen Radfahrweg nach Schlutup zu errichten.

Geise begründet diesen Antrag. Senator Evers weist auf die Schwierigkeiten und großen Kosten hin.

Dr. Meyer beantragt: Anlage eines Radfahrweges in der Louisenstraße. Die Arbeiter wünschen diesen Weg dringend.

Senator Evers: Der Senat will zu diesem Antrag Stellung nehmen.

Rosenquist: Der Weg längs des Burgfeldes mag so hergestellt werden, wie in der Gürtlerallee. Ehe man Gelder an den Staat abführt, soll man lieber die Wege verbessern.

Buchwald hält manche Vorschläge für luxuriöse, hierzu gehöre auch die Forderung auf Errichtung eines Radfahrweges in der Louisenstraße.

Röhn mahnt zur Sparsamkeit. Der Weg in Travemünde bis zum Seetempel sei nicht notwendig.

Senator Dr. Eschenburg: Der Weg in der Cronsförderallee entspricht einem tiefgefühlten Bedürfnis der Radfahrer, desgleichen der in Travemünde.

Dobberstein unterstützt den Heise'schen Antrag. Notwendig aber sei es, Radfahrer und Fußgänger zu trennen.

Da hms wünscht Anschluß von der Vorderreihe nach dem Bahnhofe in Travemünde.

Bade-Schlutup sieht nicht ein, daß die Schwierigkeiten so große seien.

## Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

67. Fortsetzung.

„Ach, Malen hätte ich auch so gern gelernt,“ seufzte Flora, „und ich glaube gewiß, daß es mir nicht an Talent dazu fehlt, denn im Blumenzeichnen war ich in der Schule immer die Beste.“

„Also was wird das, mein gnädiges Fräulein?“ fragte Hans Solberg.

„Wenn Sie's denn nicht raten können: eine Zigaretten-tasche.“

„Für den Papa?“

„Dann würde ich's doch nicht so offen stücken!“

„Also diese Arbeiten sind immer lauter Heimlichkeiten; auch das hat wieder einen besondern Reiz, denn es folgt demselben eine Ueberraschung, und man erfreut einen Andern, während man selber eine Genugthuung dabei fühlt. Haben solche Geschenke aber nicht auch etwas Egoistisches, denn man macht sich doch wohl selber dabei eben so viel Freude, wie dem, der sie geschenkt bekommt? Eigentlich ist das nicht der Sinn einer Gabe.“

„Geben ist überhaupt seliger, denn Nehmen,“ sagte die Frau Oberleutnant.

„Nad besonders bei Rückkäufen,“ seufzte ihr Gatte; „wir haben bei wenigstens mein Zimmer so damit ausgestopft, daß ich um mein Sopha schon herumgehen muß und nur noch die Kopfstütze bewegen kann.“

„Du wirst kein's wieder bekommen, Heinrich,“ bemerkte seine Gattin mit einem etwas scharfen Tone.

„Ja, mein Herz,“ sagte der unverwundliche Klugensinn, „das hast Du mir schon einige Mal versprochen. Du vergißt es aber immer wieder.“

„Du bist das unbandbarste Geschöpf, Heinrich, das auf der Welt lebt.“

Hans plauderte indes mit Flora und fragte sie bald nach Dem und Jenem, bis er endlich nach der Uhr sah und fand, daß er wieder nach Hause müsse.

„Das ist ein recht netter, anständiger Mensch geworden, der junge Solberg,“ sagte die Frau Oberleutnant, falls sich draußen die Vorcaallür hinter ihm schloß, „und was war das früher für ein unbändiger wilder Junge?“

„Ich weiß nicht,“ sagte Henriette, „er kommt mir immer noch ein wenig roh und rücksichtslos vor; Graf Kauten hat jedenfalls viel feinere Manieren.“

„Aber in dem Hans steckt dafür kein falscher Blutstropfen,“ nahm der Oberleutnant seine Partei; „er ist offen und ehrlich mit Wort und Blick, und wenn er Ja sagt, meint er wahrhaftig nicht Nein.“

„Aber das tun andere Leute auch nicht, Papa.“

„Na, man weiß nicht; es soll vorkommen,“ sagte der Oberleutnant.

„Mit wem spricht denn Herr von Solberg da unten?“ fragte jetzt die Mutter, die ans Fenster getreten war.

„Das ist das unaußersichtliche Geschöpf, die Bertha.“

„Fräulein von Rolze?“

„Ja; den ganzen Tag treibt sich die Person auf der Straße herum, und ich habe dabei nie in meinem Leben ein soltekteres Frauenzimmer gesehen.“

„Alle Wetter, so auf einmal?“ sagte der Vater; „früher waret Ihr doch die besten Freundinnen und ein Herz und eine Seele!“

„Das ist nichts als eine falsche Kose,“ befürchtete auch Flora, „und mir soll sie nur erst recht zehn Schritt vom Leibe bleiben — so, das ist recht,“ lachte sie plötzlich still vor sich hin und rieb sich die Hände, „jetzt hat er sie mitten auf der Straße stehen lassen und ist weggegangen — der gönn' ich's!“

Bertha von Rolze sah in diesem Augenblick herauf und entdeckte die Familie. Sie grüßte freundlich, und mit lächelndem und raschem Kopfschütteln grüßten die beiden

Damen wieder — man durfte doch äußerlich nicht die Form verletzen.

22.

Freud' und Leid.

Es war wieder Sonntagmorgens, auch im Hause des Tischlermeisters Handorf, der jetzt eine vollkommen geteilte Wirtschaft führte — eigentlich eines Unmöglichen in dem sonst so einfachen Hause. Er lebte mit seiner Familie ganz allein, während die Gesellen und selbst die Lehrburschen abgesonderte Räume für sich hatten, in denen sie verkehrten. Es wurde auch für beide Teile verschieden gekocht, das heißt nicht etwa in der Güte der Speisen, denn beide bekamen genau daselbe — nur in verschiedenen Töpfen. Es kostete das allerdings mehr als im gewöhnlichen Leben, aber Meister Handorf hatte es so angeordnet, denn er fühlte, daß er nur dadurch seinem armen Sohn eine neue Demütigung — und wenn es durch ein einzelnes Wort, durch einen Blick selbst gewesen wäre — ersparen könne. Er war ein einfacher Handwerker, aber ein streng rechtlicher, braver Mann, mit einer vollen Erpfindung für das Gute und Ehrenhafte. Wie er sich aber jetzt fest überzeugt hielt, daß sein einziger Sohn an dem ihm schuldgegebenen Verbrechen unschuldig gewesen sei, so begriff er doch auch, wie die Rasse noch nicht zu der Ueberzeugung gelangt sein könne, und dachte an seine eigene Jugend zurück, wie er in einem solchen Falle gehandelt haben würde. Er verlangte deshalb von den Gesellen nicht, daß sie an die Unschuld seines Sohnes glauben sollten; es ging sie das ja auch eigentlich gar nichts an. Sie hatten nur ihre Arbeit zu tun, und um die Familie sollten und durften sie sich nicht kümmern.

Nur einer seiner Leute hatte ihn verlassen, und zwar der Altgele, der selbe, der sich damals zuerst geweigert, mit Karl an einem Tische zu essen, wonach auch die anderen Gesellen zu ihm hielten. Es war ein tüchtiger Arbeiter und sonst braver Mensch, auch aus guter Familie, und vierzehn

